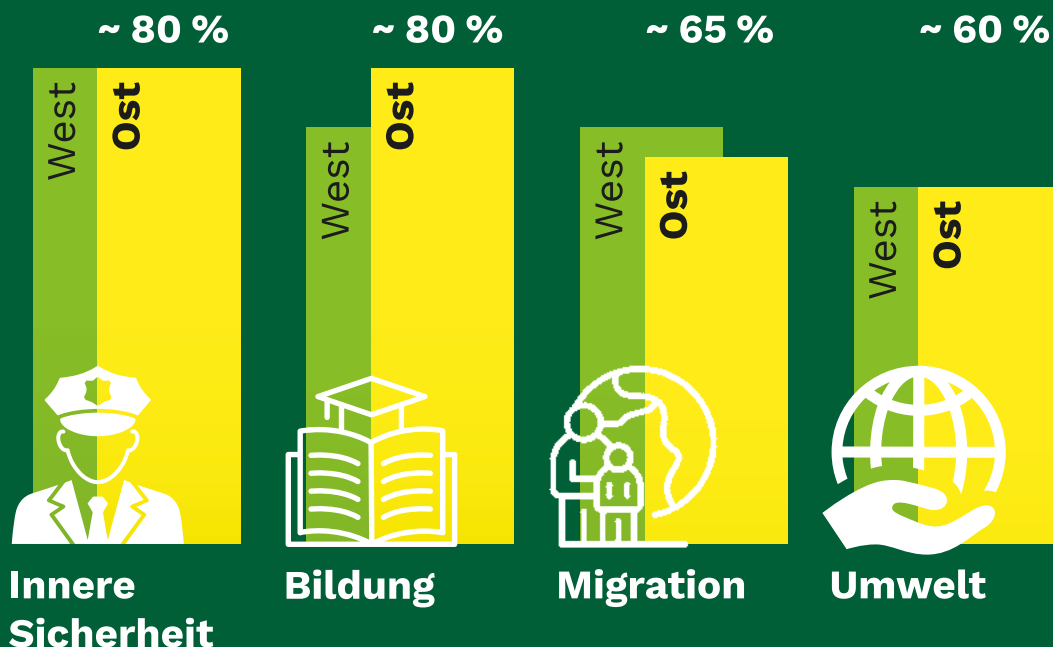


BILDUNG UND ANDERE EINFLUSS- FAKTOREN AUF WAHLENTSCHEIDUNGEN

**Bildungspolitik ist wichtig für die Wahlentscheidung.
Fast alle sind für Schulpflicht in Deutschland.
Mehrheit für Social Media Einschränkung an Schulen.
Mehr Demokratiebildung stark abhängig von Parteien-
präferenzen.**

Wichtigste Themen bei Landtagswahlen



Bildung und andere Einflussfaktoren auf Wahlentscheidungen

**Bildungspolitik ist wichtig für die Wahlentscheidung.
Fast alle sind für Schulpflicht in Deutschland.
Mehrheit für Social Media Einschränkung an Schulen.
Mehr Demokratiebildung stark abhängig von
Parteienpräferenzen.**

Autor

Dr. Dietmar Kress

Diese Umfrage wurde von der
F & P Marketingforschung GmbH durchgeführt.

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Dr. Dietmar Kress **Autor** Dr. Dietmar Kress **Gestaltung** Henning Thomas **Titelgrafik** Johannes Groth/Greenpeace
Stand 08/2026

Inhalt

Einführung und Vorgehen	04
--------------------------------	-----------

Zusammenfassung	05
------------------------	-----------

1. Bildung und Schule	06
------------------------------	-----------

1.1	Zufriedenheit	07
1.2	Infrastruktur	07
1.3	Wahlverhalten	08
1.4	Problemgebiete	08
1.5	Demographischer Wandel	09

2. Einzelauswertung für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin	10
--	-----------

2.1	Mecklenburg-Vorpommern	10
2.2	Sachsen-Anhalt	10
2.3	Berlin	11

Einführung und Vorgehen

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin wollen wir den Meinungen und Vermutungen zu den Wahlentscheidungen auf Landesebene konkrete Zahlen hinzufügen. Insbesondere haben wir Fragen zu den Wahlabsichten und Meinungen bezüglich Bildungsthemen, der Infrastruktur, der Bevölkerungsentwicklung und zu Parteipotenzialen gestellt.

Insgesamt wurden 1.347 Personen von der F & P Marketingforschung GmbH zwischen 16 und 80 Jahren befragt, die in Deutschland für Landtagswahlen wahlberechtigt sind. Auf Ebene der Regionen wurde die Zielgruppe repräsentativ nach den Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung, Kinder im Haushalt und Ortsgröße gewichtet. Für Gesamtdeutschland wurden zusätzlich die Regionen repräsentativ zueinander gewichtet. Die Strukturdaten stammen vom Statistischen Bundesamt bzw. den statistischen Landesämtern.

Die Datenerhebung wurde mit Hilfe einer Onlinebefragung vom 31.07. bis 11.08.2026 durchgeführt. Besonderer Dank gilt der Studienbegleiterin Gisa Steffens.

Zusammenfassung

Bildung und Schule ist in den ostdeutschen Bundesländern für ungefähr 80 % der Wahlberechtigten ein wichtiges Thema und hat dort eine größere Bedeutung als in Westdeutschland. Verbale Aggression gegenüber Lehrkräften und diskriminierendes Verhalten unter Schülerinnen und Schülern werden von mehr als 90 % der Befragten als problematisch bewertet. Entsprechend hoch ist der Wunsch nach Unterstützung für Lehrkräfte im Umgang mit Beschimpfungen, Diskriminierung und verfassungsfeindlichen Äußerungen.

Vor allem potenzielle Wähler von AfD und BSW lehnen die Information durch Schulen über die Gefahren politischer Ideologien ab. Potenzielle Wähler der Grünen und der Linken zeigen die stärkste Zustimmung.

Über alle Regionen hinweg gibt es eine Mehrheit, die ein Social-Media-Verbot bis z. B. 13 Jahre an Schulen befürwortet (75 %).

Die Aufklärung über die Gefahren von Fake News wird insbesondere in Westdeutschland als Aufgabe der Schulen gesehen. Gleichzeitig befürworten bundesweit 56 % der Befragten eine uneingeschränkte Verpflichtung der Lehrkräfte auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Insbesondere Personen, für die die AfD oder das BSW in Betracht kommen, sind der Meinung, dass Lehrkräfte nicht für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten sollten. Die Bereitstellung zusätzlicher Lehrkräfte sowie die Sanierung / Modernisierung von Schulgebäuden sind mit Abstand die dringendsten Maßnahmen.

Auffällig ist die Diskrepanz zwischen Problemwahrnehmung und Wahlrelevanz: Bildung, Infrastruktur und innere Sicherheit werden vergleichsweise selten als problematisch wahrgenommen, zählen für die Befragten aber zu den wichtigeren Themen bei der Wahlentscheidung.

Personen, für die AfD, BSW oder Die Linke in Betracht kommen, sind mit ihrem Leben weniger zufrieden als die potenziellen Wähler der anderen Parteien. Innerhalb der Regionen gehen jeweils über die Hälfte der Befragten davon aus, dass sich die Situation in den nächsten zwei Jahren in ihrem Bundesland verschlechtern wird. Besonders ausgeprägt sind die negativen Erwartungen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. Insbesondere Personen, die AfD oder BSW in Betracht ziehen, gehen von einer sich verschlechternden Situation aus.

Die Verfügbarkeit von Freizeit- und Kulturangeboten sowie von ärztlicher Versorgung werden in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt als besonders schlecht wahrgenommen. Mit Ausnahme des Angebots von Schulen und Kindertagesstätten wird das Angebot an Einkaufsmöglichkeiten, der Internetversorgung, des ÖPNV und von Freizeit- und Kulturangeboten in den ländlichen Regionen als deutlich schlechter eingeschätzt.

In Sachsen-Anhalt ist der Anteil derjenigen, die eine Partei aufgrund des Wahlverhaltens ihres Umfelds wählen, am stärksten ausgeprägt.

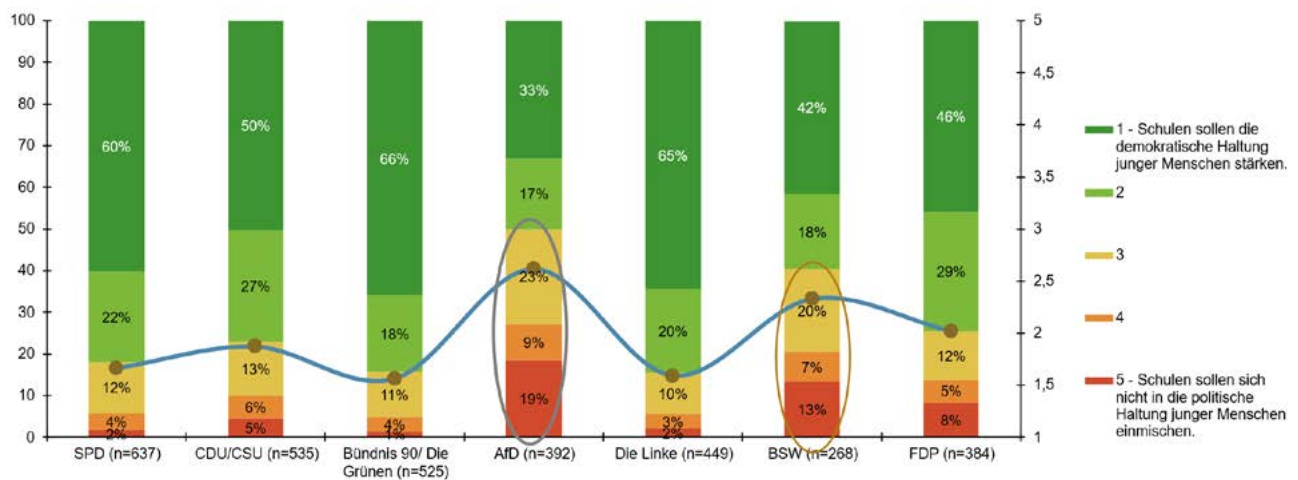
1. Bildung und Schule

Für rund drei Viertel der Wahlberechtigten sind Bildung und Schule ein sehr wichtiges oder wichtiges Thema ihrer Wahlentscheidung. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Relevanz besonders hoch: 61 % bewerten das Thema als „sehr wichtig“, gegenüber 44 % in Sachsen-Anhalt und 48 % in Berlin.

Gleichzeitig sehen insgesamt 37 % der Befragten viele Probleme im Bildungs- und Schulsystem. Vor allem in Ostdeutschland werden Probleme gesehen. In Mecklenburg-Vorpommern sehen 49 % viele Probleme. Die Werte für Berlin und Sachsen-Anhalt liegen mit 44 % bzw. 41 % etwas darunter. In Westdeutschland werden im Bildungs- und Schulsystem weniger Probleme wahrgenommen (35 %).

Die mit Abstand dringendsten bildungspolitischen Maßnahmen bei den Befragten sind die Bereitstellung von mehr Lehrkräften (57 %) und die Sanierung und Modernisierung der Schulgebäude (51 %). Gefolgt von verpflichtenden Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich Demokratiebildung und Medienkompetenz (39 %). Alle Maßnahmen zur Förderung politischer Bildung differenzieren stark nach Parteienpräferenz. Vor allem Personen, für die die AfD oder das BSW in Betracht kommen, sind der Auffassung, dass Schulen sich nicht in die politische Haltung junger Menschen einmischen sollen.

Abbildung 1: Demokratische Haltung stärken – in Betracht kommende Partei



Fsb. Bitte wählen Sie aus, welcher Aussage Sie näher stehen. 1 bedeutet: Sie stimmen der oberen Aussage voll zu. 5 bedeutet: Sie stimmen der unteren Aussage voll zu.

Die grundsätzliche Zustimmung zur Schulpflicht ist in allen drei Ländern hoch: 87 % in Mecklenburg-Vorpommern, 85 % in Sachsen-Anhalt und in Berlin. In den restlichen ostdeutschen Ländern und in Westdeutschland liegt die Zustimmung mit 89 % sogar noch höher. In Deutschland unterstützen 75 % der Wahlberechtigten eine Begrenzung des Social-Media-Zugangs an Schulen bis zu einem bestimmten Alter. In den drei Bundesländern mit anstehenden Land-

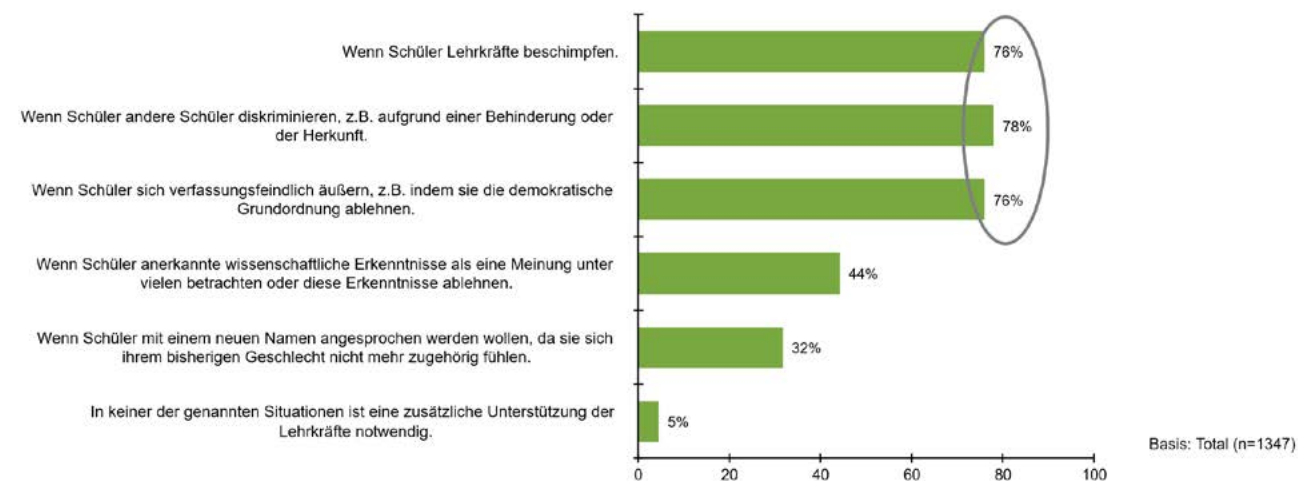
tagswahlen ist die Zustimmung in Mecklenburg-Vorpommern mit 81 % am höchsten, gefolgt von Berlin mit 73 % und Sachsen-Anhalt mit 72 %.

Verbale Aggression gegenüber Lehrkräften und diskriminierendes Verhalten gegenüber anderen Schülern werden jeweils von mehr als 90 % der Wahlbevölkerung als problematisch eingeschätzt. Auch verfassungsfeindliche Äußerungen werden von

einer großen Mehrheit von 84 % als problematisch empfunden. Dabei gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den Regionen.

Eine zusätzliche Unterstützung der Lehrkräfte wird in erster Linie für die als besonders problematisch empfundenen Situationen gefordert.

Abbildung 2: Zusätzliche Unterstützung von Lehrkräften – Deutschland gesamt



F4. In welchen Situationen sollten Ihrer Meinung nach Lehrkräfte durch die Schulleitung oder das Ministerium stärker unterstützt werden, z.B. mit zusätzlicher Beratung oder Fortbildungen?

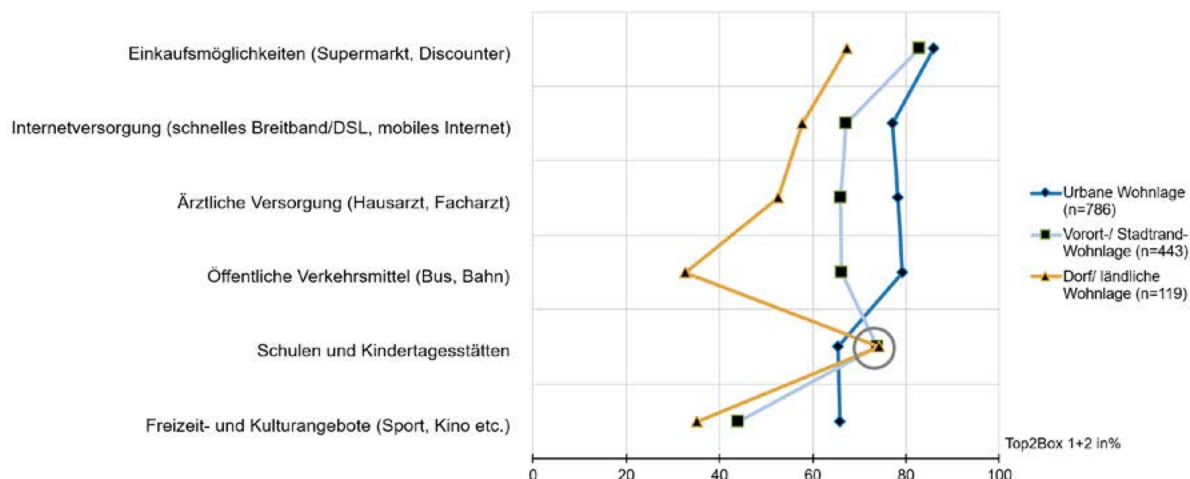
1.1 Zufriedenheit

Ungefähr 60 % der Wahlbevölkerung sind mit ihrem Leben zufrieden. Personen, für die die AfD, BSW oder Die Linke in Betracht kommen, sind mit ihrem Leben weniger zufrieden als die potenziellen Wähler der anderen Parteien. Innerhalb der betrachteten Regionen sticht Mecklenburg-Vorpommern positiv hervor. Dort geben 69 % an, zufrieden zu sein. Allerdings gehen mit 60 % dort auch besonders viele Personen davon aus, dass sich die Situation in den nächsten 2 Jahren verschlechtern wird. In Gesamtdeutschland gehen 53 % von einer Verschlechterung aus.

1.2 Infrastruktur

Bezüglich der Verfügbarkeit der Infrastruktur gibt es eine hohe Zufriedenheit mit den vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten, während die Verfügbarkeit von Freizeit- und Kulturangeboten nur von gut der Hälfte der Befragten positiv bewertet wird. Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gibt es das Gefühl einer fehlenden Versorgung mit Freizeit- und Kulturangeboten. Mit Ausnahme des Angebots von Schulen und Kindertagesstätten wird das Angebot an Einkaufsmöglichkeiten, der Internetversorgung, des ÖPNV und von Freizeit- und Kulturangeboten in den ländlichen Regionen deutlich schlechter als in urbanen Regionen eingeschätzt.

Abbildung 3: Beurteilung Infrastruktur – Übersicht (Wohnlage)



F17. Wie bewerten Sie die Verfügbarkeit folgender Infrastruktureinrichtungen an Ihrem Wohnort / in Ihrem näheren Wohnumfeld?

1.3 Wahlverhalten

Ungefähr zwei Drittel der Wahlberechtigten neigen dazu, häufig die gleiche Partei zu wählen. Für Gesamtdeutschland geben 83 % an, sehr wahrscheinlich an der nächsten Landtagswahl teilzunehmen. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Wert sogar bei 87 %. Auch wenn die realistische Teilnahme geringer sein wird, zeigt dies doch ein hohes Interesse an den Wahlen.

Aufgrund des hohen Potenzials von 49 % in Westdeutschland und Berlin kommt die SPD in Deutschland für 47 % der Wahlberechtigten in Betracht. Die CDU/CSU und die Grünen liegen mit 40 % bzw. 39 % leicht darunter. Die AfD hat in Sachsen-Anhalt mit 52 % eine sehr große potenzielle Wählerschaft. Für Deutschland Gesamt liegt der Wert deutlich niedriger bei 28 %.

Die Wahlentscheidungen werden vor allem durch Problemlösungskompetenz, Wertepassung und Sorgenverständnis bestimmt. Die wichtigsten Gründe für die Wahlentscheidung sind, dass die Partei die (gefühlte) besten Lösungen für Probleme bietet (für 70 % zutreffend), ein zu den eigenen Einstellungen passendes Wertegefüge vertritt (für 69 % zutreffend) und am besten die Ängste und Sorgen der Bürger versteht (für 60 % zutreffend). Das Wahlverhalten des unmittelbaren Umfelds und Nachbar-

schaftsgespräche spielen demgegenüber, außer in Sachsen-Anhalt eine deutlich geringere Rolle.

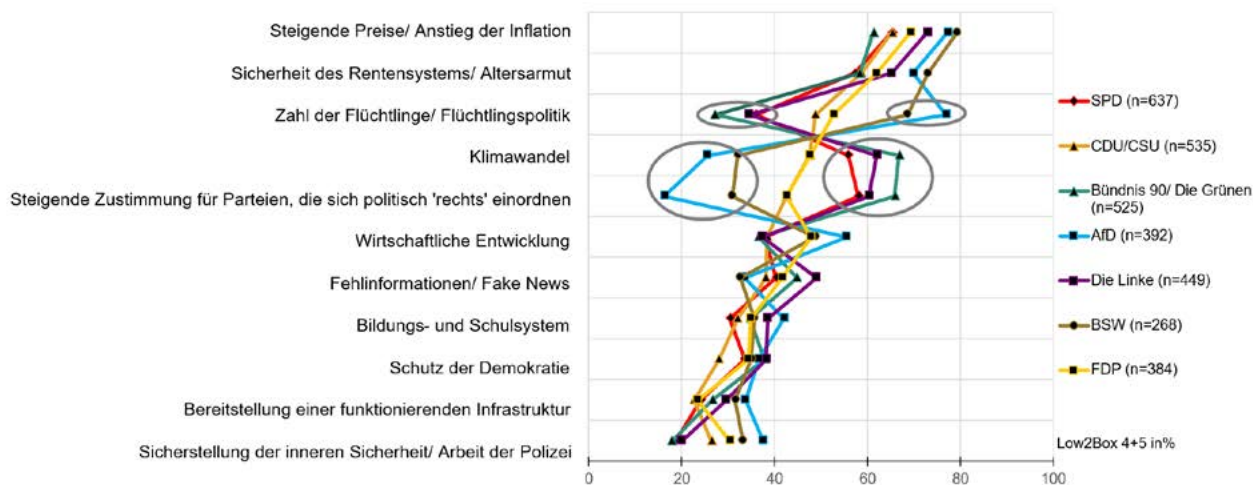
Bei Personen, für die die AfD oder BSW in Betracht kommen, ist das Verständnis für ihre Ängste und Sorgen deutlich relevanter als für die Anhänger der anderen Parteien.

Bei den Sachthemen dominieren innere Sicherheit sowie eine positive Entwicklung der Wirtschaft. Auch Bildung und Schule ist insgesamt ein zentrales Thema. Sowohl die positive Entwicklung der Wirtschaft als auch Bildung und Schule haben in den ost-deutschen Bundesländern eine größere Bedeutung als in Westdeutschland.

1.4 Problembereiche

Sehr viele Probleme werden vor allem durch steigende Preise (69 %) und das Rentensystem (63 %) gesehen. Themen, für die die Bundesländer zuständig sind, wie Infrastruktur und innere Sicherheit, werden nur in geringem Umfang als Problem genannt (28 % bzw. 27 %). Die Themen Flüchtlingspolitik, Klimawandel und Zustimmung zu rechten Parteien werden von Anhängern von AfD oder BSW und den Anhängern von SPD, Den Grünen oder Der Linken hinsichtlich der Problematik konträr wahrgenommen.

Abbildung 4: Probleme im Bundesland – in Betracht kommende Partei



F1. Hier sind verschiedene Themenbereiche aufgeführt. In welchen dieser Bereiche sehen Sie in Ihrem Bundesland sehr wenige Probleme und in welchen sehen Sie sehr viele Probleme?
1= sehr wenige Probleme, 5= sehr viele Probleme

1.5 Demographischer Wandel

Ungefähr die Hälfte der deutschen Wahlbevölkerung glaubt, dass sie persönlich vom demographischen Wandel betroffen sein wird. Dabei ist ein deutliches Altersgefälle zu sehen: 66 % der 16 bis 29jährigen gehen von persönlichen Auswirkungen aus, während es bei der Altersgruppe 70+ nur 27 % sind. In den ostdeutschen Bundesländern glauben jeweils 55 %, dass sie vom demographischen Wandel betroffen sein werden. In Berlin ist der Wert mit 42 % noch deutlich geringer.

In Deutschland stehen bei den befürchteten Folgen vor allem stark steigende Sozialabgaben (72 %), ein Rückgang der ärztlichen Versorgung (69 %), wirtschaftlicher Rückgang (66 %) und ein Verlust gesellschaftlichen Zusammenhalts (63 %) im Vordergrund.

Die ostdeutschen Flächenregionen befürchten stärker den Abbau von Versorgung und regionaler Substanz, während Berlin weniger pessimistisch ist und deutlich weniger einen unmittelbaren Infrastrukturverlust fürchtet.

2. Einzelauswertung für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin

2.1 Mecklenburg-Vorpommern

Von den drei im Detail betrachteten Bundesländern weist Mecklenburg-Vorpommern die höchste Wahlteilnahmebereitschaft und die stärkste bildungspolitische Mobilisierung auf. Die Stärkung der Demokratie ist ein signifikant stärkerer Grund zur Wahlentscheidung als in anderen Bundesländern. Zugleich bewerten 61 % Bildung und Schule als sehr wichtig für ihre Wahlentscheidung.

- 48 % sehen im Bildungs- und Schulsystem viele Probleme.
- Starker Bedarf an Lehrkräften: 64 % nennen zusätzliche Lehrkräfte als dringlichste Maßnahme; 44 % fordern die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden.
- Demokratie- und Medienbildung haben eine vergleichsweise hohe Akzeptanz: 39 % fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte in Demokratiebildung und Medienkompetenz. Das ist zusammen mit Westdeutschland (41 %) eine höhere Zustimmung als in den anderen Regionen (26 % – 34 %). 82 % befürworten die Aufklärung über Fake News, und 76 % unterstützen Informationen über die Gefahren politischer Ideologien.
- Infrastrukturdefizite: Die fehlende Verfügbarkeit von Freizeit- und Kulturangeboten sowie der ärztlichen Versorgung werden in Mecklenburg-Vorpommern am häufigsten bemängelt.
- Das AfD-Potenzial scheint weitgehend ausgeschöpft: Die AfD kommt grundsätzlich für 37 % der Befragten in Betracht, In einer aktuellen Wahlumfrage geben 36 % an, dass sie die AfD wählen würden. Das deutet auf ein relativ begrenztes zusätzliches AfD-Potenzial hin.

2.2 Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt zeigt das ausgeprägteste AfD-Potenzial der drei Länder. Für 52 % kommt die AfD grundsätzlich in Betracht. Aufgrund des hohen Anteils von Personen, für die die AfD in Betracht kommt, werden die Ergebnisse für Sachsen-Anhalt stark durch die Stimmungen und Wahrnehmungen dieser Gruppe geprägt.

- Starker Pessimismus: 53 % erwarten eine Verschlechterung der Situation im Land, 31 % erwarten keine Veränderung und nur 9 % eine Verbesserung.
- Bildungspolitischer Problemdruck: Mit 41 % ist der Anteil der Personen, die im Bildungs- und Schulsystem viele Probleme sehen, etwas geringer als in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.
- Lehrkräfte und Gebäudesanierung dominieren: 68 % fordern mehr Lehrkräfte, 48 % die Modernisierung von Schulgebäuden.
- Besonderer Wunsch nach Unterstützung im Umgang mit aggressivem Verhalten: In Sachsen-Anhalt fordern 31 % verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte, um besser auf aggressives Schülerverhalten reagieren zu können – mehr als in Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin.
- Auch in Sachsen-Anhalt ist eine große Mehrheit von 86 % der Meinung, dass die Schulpflicht bestehen bleiben solle.
- Die Zustimmung zur politischen Bildungsfunktion der Schule ist in Sachsen-Anhalt vergleichsweise gering. Nur 55 % stimmen zu, dass Schulen die demokratische Haltung junger Menschen stärken sollen (Mecklenburg-Vorpommern 63 %, Berlin 66 %). Auch eine Vermittlung durch die Schule wie Algorithmen politische Meinungen beeinflussen können, befürworten nur 52 %.

Das ist ein ähnliches Niveau wie in Mecklenburg-Vorpommern (53 %) und signifikant geringer als in Berlin (65 %). Dass Schulen über die Gefahren politischer Ideologien informieren sollen, stimmen nur 64 % zu (Mecklenburg-Vorpommern 76 %, Berlin 78 %).

- Hinsichtlich der Aufklärung über den Umgang und die Gefahren durch Fake News ist die Zustimmung mit 74 % vergleichsweise hoch, liegt aber immer noch unter dem Niveau der anderen Regionen (zwischen 81 % und 89 %).
- Ein Social Media Verbot z. B. bis 13 Jahre befürworten 72 % der Befragten in Sachsen-Anhalt.
- 77 % wünschen sich eine stärkere Unterstützung der Lehrkräfte für Situationen, in denen sie von Schülern beschimpft werden.
- In Sachsen-Anhalt liegen SPD, CDU oder Die Grünen unterhalb des Niveaus der AfD, selbst wenn sie ihr Wählerpotenzial ausschöpfen könnten.

2.3 Berlin

Berlin unterscheidet sich deutlich durch seine urbane Struktur, einen höheren Anteil junger Personen und eine stärkere Konkurrenz mehrerer Parteien. Der Stadtzustand ist ein zentrales Wahlthema: 82 % bewerten den Zustand ihrer Stadt als sehr wichtig oder wichtig für die Wahlentscheidung.

- Bildung bleibt trotzdem wichtig: 80 % halten Bildung und Schule für wichtig; 44 % sehen (sehr) viele Probleme im Bildungs- und Schulsystem.
- Mehr Lehrkräfte als dringende Maßnahme: 56 % fordern zusätzliche Lehrkräfte.
- Stärkere Unterstützung der Lehrkräfte bei Diskriminierung: 81 % wünschen zusätzliche Unterstützung, wenn Schülerinnen und Schüler andere diskriminieren.
- Demokratiebildung relativ akzeptiert: 65 % finden, dass Schulen die demokratische Haltung junger Menschen stärken sollen.
- Hohe Sensibilität für die Gefahren von Fake News: 82 % befürworten, dass Schulen über den Umgang und die Gefahren von Fake News aufklären sollen.
- In Berlin verfügt die SPD mit 49 % über das größte grundsätzliche Wählerpotenzial, gefolgt von den Grünen mit 42 % und der Linken mit 40 %.

GREENPEACE